

Leipziger Tageblatt

Sonntags-Ausgabe

Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

107. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Umgebungen durch unsere Erleger monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unfern Jülicher und Ringelstraße abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 2 M. Durch die Post innerhalb Deutschlands und der russischen Kaiserreiche monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M., einschließlich Porto. Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe nach am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Deutscher Redaktions-Verlag Leipzig, Jülicher- und Ringelstraße Nr. 40/7.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannstraße Nr. 4. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 10spaltige Petitzeile 25 Pf., die Restzeile 1 M., von auswärtigen 30 Pf., Familien-1.00 M., Familien- u. kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf., Inserate von Behörden nur innerhalb 20 Pf. die Petitzeile 20 Pf. Geschäftsanzeigen mit Diagramm-Beitrag im Preis erhöht. Rabatt nach Zahl der Anzeigen. Geschäftsverträge 5 M. pro Quartale. Anzeigenannahme: Johannstraße Nr. 4. In allen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Anzeigen-Expeditionen des In- und Auslandes. Geschäftsstelle für Berlin u. die Dr. Oetzel-Verlag: Dorotheenstraße 10, Berlin W. 10, Margarethenstraße 8. Fernsprech-Anschluß: Köpenick 8077.

Nr. 608.

Sonntag, den 30. November.

1913.

Das Wichtigste.

Der Reichstag nahm am Sonnabend u. a. das Gesetz über das Hilfsgericht im Reichsgericht in dritter Lesung an und beschloß sich dann mit der Vorlage über den Hausierhandel. (Siehe Ver.)

Am Freitag und Sonnabend ereigneten sich in Zabern neue Zusammenstöße zwischen der Bevölkerung und der dortigen Garnison. Wie berichtet wird, ist sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet worden. Der Gemeinderat von Zabern hat telegraphisch eine Resolution an den Statthalter, den Reichskanzler, den preussischen Kriegsminister und das Reichstagspräsidium abgefaßt. (S. pol. Uebers.)

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten gab Ministerpräsident Freiherr von Hertling eine Reihe wichtiger Erklärungen ab. (Siehe S. 1. Art.)

Auf der Schiffschau in Danzig lief am Sonnabend der große Kreuzer „Ersah Kaiserin Augusta“ glücklich vom Stapel. Das Schiff erhielt den Namen „Lühov“. (S. pol. Uebers.)

Huerta hat sich die Unterstützung der Großbanken erbeten, um die Verpflichtungen der Staatseisenbahnen am 1. Dezember erfüllen zu können. (S. Ausl.)

Umschau.

Leipzig, 29. November.

Wienthalben, im Inlande wie im Auslande, ist der parlamentarische Betrieb wieder in vollem Gange. In Berlin hat der Reichstag nach einer Ruhezeit von fünf Monaten die Arbeit aufgenommen; in Dresden ist die zweite Kammer bereits mit der ersten allgemeinen Staatsberatung fertig; in München sind die Abgeordneten nach der unter allerlei Verwickelungen durchgeführten Erhöhung der Zivilstrafe mit wirtschaftlichen Vorlagen beschäftigt; und in Karlsruhe sind die badiischen Landstände diese Woche zu einer Tagung unter recht schwierigen Verhältnissen zusammengetreten. In Wien legt sich die Regierung mit den Delegationen über die österreichische Balkanpolitik des langen und breiten auseinander; in Paris handelt die Kammer mit den Herren Barthelemy und Dumont erbitert wegen der „nötigen Gelder“; in Rom hat die Chronik mit einer stolzen Verbeugung auf eine am jenseitigen Ufer des Mittelmeeres liegende Zukunft die Solidarität mächtig begünstigt; nur in England behält man sich noch eine Weile mit Ministerreden wie die Asquiths, die sich mit ihrem wertwürdigen Gemisch von höchster Zuversicht und beweglicher Klugheit über die Unvernunft der anderen, vom Nützlichkeitsfieber befallenen Mächte so selbstsam ausnehmen.

Der Reichstag hat sofort eine Reihe mehr oder minder wichtiger Dinge in erster Lesung erledigt. Er ist über das von der Regierung vorgelegte Epionagesgesetz ziemlich einig geworden; wenigstens ergab sich eine Uebereinstimmung über das, was man will, oder doch gutheißen kann, und das, was man auf keinen Fall will, nämlich eine Vahmlegung der Presse bei der Behandlung militärischer Angelegenheiten. War nicht so übel war der Einwand eines scharfsten Redners, daß es doch bedenklich sei, wenn schließlich die Geographie unter die geheimzuhaltenden militärischen Dinge falle. Der neue Kriegsminister v. Falkenhayn hat sich durch sein Auftreten ein günstiges Urteil verschafft; er hat, wie man zu sagen pflegt, eine „gute Presse“, was allerdings bei neuen Staatsmännern in der Regel so ist. Wie man glaubt, wird er die wichtigsten Wünsche der Militärverwaltung in der Kommission durchzusetzen wissen, freilich auch noch manche heikle Frage zu beantworten haben. So wird er wohl auch gefragt werden, wie sich mit dem Bedürfnis nach strengsten Verhältnissen und Sicherungsmaßnahmen die Gesploglichkeit zusammenreimt. Offiziere aus allen möglichen Staaten zu den Mandatären einzuladen, wo ihnen so ziemlich alles im vollen Betrieb vorgeführt wird, monach ihre Abneigung irgendwie Verlangen tragen kann. Sie brauchen nur die Augen aufzumachen. Ebenso selbstsam ist es im Grunde, wenn immer scharfere Bestimmungen gegen die Spionage erforderlich werden, während jedermann weiß, daß sich die fremden Militär- und Marineattachés damit nützlich machen, ihren Regierungen jedes Neuere im Heereswesen, jede Veränderung auf das sorgfältigste und ausführlichste zu berichten. Sie spionieren nicht — bewahre! Sie sind ja beglaubigt. Aber welchen Sinn hat es eigentlich, der Presse die

Mitteilung und Verbreitung militärischer Dinge zu verbieten, wenn es doch sicher ist, daß jeder Staat auf die einfachste Weise von der Welt alles Erkundbare weit eher erfährt, als die einheimischen Zeitungen! — Zu den wichtigsten Vorlagen gehörte ferner die über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes, über dessen Zweckmäßigkeit kein Streitens war, wohl aber über den Sitz — Berlin oder Hamburg oder Leipzig? Dem Kolonialsekretär Herrn Dr. Solz, der übrigens auch allgemein gut angesehen ist, wurde es etwas schwall bei diesem Stabstreff, und er mahnte zur Eile. Einige kleinere Vorlagen, ferner Eingaben und Wahlprüfungen wurden ohne viel Aufregung, flüchtig unter leichtem Parteigepinsel erledigt. Auch verschiedene „kurze Anfragen“ belebten die Tagesordnung, wobei die Antworten so knapp ausfielen wie die Fragen. Anders der Kriegsminister, der auf die Frage wegen der Vorkänge in Zabern ziemlich weit ausholte, obwohl in letzter die ganze Sache infolge einer Interpellation nochmals verhandelt werden muß. Man sollte meinen, eigentlich könne man, um einen hübschen sächsisch-parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, „Beruhigung finden“, nachdem aus Zabern dieser Lage verstanden wurde, daß dort die Sorge um die Verletzung des Leutnants v. Forstner durch ihren Spruch strengstens rügen und überdies den Ausdruck „Wades“, der lächerlicherweise auf diesem Wege war, so berühmt zu werden, wie einst die „Geusen“ zu König Philipp II. Zeiten, in Wort und Tatt getan haben. Die heutigen Verbündungen aus Zabern über Zusammenrottungen, Militärangriffe und Beschäftigungen lauten freilich wieder recht bedenklich.

Aus dem sächsischen Landtag vernahmen wir diese Woche, wie bei jeder Beratung des Staatshaushalts, wieder alle Wünsche und Hoffnungen. Wie das nicht anders sein kann, geht da Großes und Kleines nebeneinander her. Eigentlich sollte man meinen, die Regierung habe einen glänzenden Stand. Denn die Finanzen sind ja nun einmal, wie bei jedem gewöhnlichen bürgerlichen Haushalt auch, der Gegenstand der Haupt Sorge, und wenn man hört, daß das letzte Rechnungsjahr mit einem noch nie dagewesenen Ueberschuß von 59 Millionen abschloß, daß seit 1902 111 Millionen Schulden getilgt wurden und einer Staatsschuld von 888 Millionen ein unbewegliches Vermögen von 1/2 Milliarde gegenübersteht, so ist das im Vergleich zu manchem anderen Bundesstaat ein fast beneidenswerter Zustand. Man begreift daher nicht recht, warum der Geist Rüggers noch immer mahndend durch die Gemächer der Ministerien geht, ja von seinem Nachfolger bei hellem Tage herausbeschworen wird, um die Begehrlichkeit der Volkstretter zu schrecken. Aber sie sind ja, abgesehen von den planerischen Vorführen der Sozialdemokratie, gar nicht so uneinsichtig, daß sie wie die schwappenden Freier im Hause des Oberrheins den Tisch in Hippiger Stille gedeckt haben wollen. Sie wissen, wie schwer es hiebt, vergangene Finanzjahren wieder gutzumachen, und denken nicht daran, das mühsame Werk Rüggers leichtfertig in die Brüche gehen zu lassen. Aber Herr v. Seydewitz hat nicht nur nach übermachten Rezept die Finanzen in allzu düsteren Farben gemalt; er hat auch im übertriebenen Sinne von den Gefahren der Reichsfinanzpolitik gesprochen, und wir meinen, das stünde gerade Sachsen nicht wohl an. Der Finanzminister ist nicht entzückt von dem Wehrbeitrag, und er ist es erst recht nicht von der Reichsvermögenszuwachssteuer. Alles begründlich; aber die Berufung auf Bismard, auf die Unantastbarkeit der direkten Steuern, des Rückgrates der Einzelstaaten, ja, was hilft das! Wir wissen ja nicht, was Bismard, wenn er noch lebte und das Geld für die letzte große Heeresvermehrung hätte beschaffen müssen, getan haben würde. Wir wissen aber: ein Prinzipienreiter war er nicht. Wenn ein Staat mit und dank der Entwicklung des Reiches emporkam, so ist es Sachsen, und wenn die sächsische Regierung die Wehrevorlage angeht, die der Weltvorgänge für ebenso notwendig hielt wie die anderen Bundesstaaten, so kann sie sich doch nicht zu hinterher hinterher stellen, weil ihr die Anbringung der Mittel nicht zuzugest. Die Zwispaltigkeit kann sich das Fürstentum Reuß leisten, auch das Königlich Sachsen kann einmal eines Steuerprinzips wegen gegen den Reichsfiskus Front machen; aber mit einer dauernden Verweisung auf eine Meinung wird kaum etwas bewerkstelligt werden, wobei wir uns tags hoffen, daß nicht bald eine Probe auf die jetzt so stark betonte Grundfähigkeit der sächsischen Regierung in Reichssteuerfragen gemacht werden wird. Denn es dennoch geschieht, so werden vorgefaßte Entscheidungen vom Uebel sein, denn das Reich fordert nichts, es täte denn not, und wenn es ohne direkte Steuern tatsächlich nicht auskommt — was dann! Man soll in der Politik niemals niemals sagen. Noch bedenklicher wäre der Eindruck, wenn die sächsische Regierung, wie heute verläutet, sich nachträglich an andere Regierungen gewandt haben sollte, um sie zu einer Verwahrung im Sinne des Herrn v. Seydewitz aufzufordern. Wir können uns das nicht recht denken, zumal da sich doch namentlich die bayerische Regierung,

wie bekannt, unmittelbar nach der Durchscheidung der Steuerlagen ganz auf den Boden der Beschüsse des Reichstages stellte, ja seine „große nationale Tat“ rühmte. Wie wäre es möglich, jetzt hinterher eine Bewegung einzuleiten, die im Reiche fast wie die Aufrollung eines Verfassungszwickes wirken müßte, im Auslande aber sicherlich noch schlimmer, nämlich als ein Verlegen der Gefolgschaft der Bundesstaaten auf dem Wege der Reichspolitik gebadet werden würde. Darüber würde dann wohl auch im Reichstage wie im Landtage noch ein Wort zu sagen sein.

Wie es um die auswärtige Politik steht, welche Folgen die letzte Heeresvorlage zeitigte, wie sich die Mächte damit abfinden, wie weit unsere Verhandlungen mit England gediehen sind, wie sich die neue Ordnung am Balkan anläßt — all das und einiges andere gedenkt der Reichskanzler dem Reichstage nächste Woche im Lichte seiner Auffassung in gedrängter Kürze und wohlgeordnet zu zeigen.

Wollt ihr in meinen Kassen sehn?
Des Lebens Spiel, die Welt im Kleinen,
Gleich soll sie eures Aug' erscheinen,
Nur müht ihr nicht zu nahe sehn.“

Herr v. Hertling kann das anscheinend nicht abwarten. Er hat dem Kanzler heute ein wichtiges Wort vorweggenommen; er hat im bayerischen Landtage mit erhöhter Stimme verkündigt: es gibt keine neue Militärvorlage und hinzugefügt: es wird keine geben, weil das deutsche Volk am Ende seiner Kräfte ist! Wir trauen unsern Augen nicht. Wer hat Herrn v. Hertling zu solcher Torheit ermächtigt? Wie kann er es wagen, Deutschland so vor dem Auslande bloßzustellen? Selbst wenn er recht hätte — und wer leugnet die schwere Last? — so ist es doch ganz unerhört, in dieser Weise mit großen Worten umspringen. Eben jetzt werden aus dem Werke „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“ die Ausführungen des vormaligen Reichskanzlers Fürsten Bülow über den Gang der deutschen Politik im letzten Jahrzehnt bekanntgegeben. Es wird uns da bekräftigt, wie sehr wir bei der Schaffung unsererer Machtmittel, namentlich der Flotte, von Schritt zu Schritt vorwärts gedrängt wurden, wie wir eine Gefahrenzone nach der andern überwinden mußten, bis die Anerkennung als Weltmacht in großen und ganzen erreicht wurde. Es war doch — nehmt alles nur in allem — Zug in der Sache. Und heute? Sind unsere Gegner nicht geschäftiger als je? Es ist ja sehr wahrscheinlich, daß Herr v. Bethmann viel helle Farben auf der Palette hat; aber mag er seinem Weltbild so viel tröstliche Lichter aussparen, als er verantworten kann; jedenfalls hat er nach allem Grunde, einmal herzhast zu sagen, daß die Politik der Reichspolitik heute mehr als je vollstündige innere Geselosenheit voraussetzt und feinerer Zwischentreibung, einerlei, von wem sie ausgeht, verdrängt. Ist er nicht imlande dazu, diese Geschlossenheit zu wahren, so hüten uns alle schönen Wendungen nicht. Wir brauchen eine feste Hand, und es geht nicht an, Gesploglichkeiten aufkommen zu lassen, die in einem Staatenbunde erträglich sein mögen, nimmermehr aber in unserm Deutschen Reiche, das ein einheitlicher Bundesstaat ist und bleiben muß.

Die neuen Unruhen in Zabern.

Wie wir bereits in der gestrigen Abendausgabe dieses Blattes meldeten, ist es in Zabern am Freitagabend und Sonnabend vormittag abermals zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und dem Militär gekommen. Ungefähr 20 Personen wurden am Freitagabend verhaftet, und unter diesen befanden sich, wie wir ebenfalls bereits meldeten, auch der Staatsanwalt und zwei Landgerichtsräte.

Auf dem officiösen Draht wird nunmehr gleichfalls eine Schilderung der peinlichen Vorfälle übermittelt, die in der Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen hier folgen lassen:

Berlin, 29. Nov. Ueber die gestrigen Vorgänge in Zabern wird von zuständiger Seite mitgeteilt:

Als gestern nach Beendigung der Turnstunden, die in der Städtischen Turnhalle stattfand, die Offiziere sich nach Hause begaben, wurde von Zivilisten hinter ihnen hergehört. Die Offiziere ließen die Leute durch eine Patrouille zurücknehmen. Bei dieser Festnahme sammelte sich eine große Menge an, die den Offizieren folgte, und da kein Sicherheitsbeamter anwesend war, trat die Wache ins Gewehr und rückte auf den Schloßplatz vor die Kaserne. Unter Trommelwirbel wurde bekanntgegeben, daß die Straße sofort zu räumen sei, andernfalls würde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Die Menge lief auseinander, nur vier bis fünf Schreier blieben an einem Laden stehen und wurden festgenommen. Da sich inzwischen wieder weitere Leute zu sammeln versuchten, wurde die Hauptstraße vor dem Schloßplatz durch die Wache vollständig vom Volk geräumt. Mehrere Leute weigerten sich dabei, weiterzugehen und wurden

festgenommen. Nachdem die Hauptstraße und der Schloßplatz geräumt waren, rückte die Wache wieder ein. Es wurden noch mehrmals Patrouillen ausgesandt, um die Hauptstraßen freizuhalten und den Offizieren, die nach Hause gehen wollten, die Möglichkeit zu bieten, Leute, die etwa wieder hinter ihnen herdrehten sollten, festzunehmen. Im ganzen wurden 26 Leute festgenommen. Gegen 9 Uhr abends trat Ruhe ein. Unter den Festgenommenen soll sich ein Staatsanwalt befinden, der sich geweigert hat, weiterzugehen; ob er inzwischen freigelassen wurde, ist unbekannt. Von der Verhaftung anderer Gerichtsbeamten ist nichts bekannt. Der Bürgermeister lag krank im Bett. Der Kreisdirektor war in Straßburg. Wegen der angelegten Verletzung des Leutnants v. Forstner im Wandel ist eine Untersuchung im Gange; ihr Ergebnis steht noch nicht fest.

Ueber die Vorgänge am Sonnabendvormittag liegt ein ausführlicher Bericht noch nicht vor. Das offizielle Bureau weiß in einem Briefteller lediglich folgendes mitzuteilen:

Zabern, 29. November. Heute vormittag fanden hier einzelne Ausschreitungen statt. Der Landgerichtspräsident und der Erste Staatsanwalt haben sich heute vormittag nach Straßburg begeben, wie man hört, um dem Statthalter Vortrag zu halten.

Wie das Reichliche Büro ferner von „berufener Stelle“ erfährt, ist wegen der neuesten Vorfälle in Zabern jegliche eine strenge Untersuchung eingeleitet worden.

Eine Resolution des Gemeinderats.

Zabern, 29. November. Der Gemeinderat von Zabern hat am Sonnabend nachmittag eine Resolution angenommen, die telegraphisch an den Reichskanzler, den Statthalter, den preussischen Kriegsminister und das Reichstagspräsidium abgefaßt wurde. Darin wird energisch dagegen protestiert, daß am Freitagabend ungefähr 30 rüdische Bürger von einer Militärpatrouille gewaltsam festgenommen und abgeführt wurden. Wie mit Ausnahme eines Vandrückers mühten trotz des Einspruchs der Zivilbehörde die Nacht im Keller der Kaserne verbringen und wurden erst am Sonnabend gegen Mittag dem Zivilrichter vorgeführt, der sofort ihre Freilassung anordnete. Der Gemeinderat bittet dringend, sofort die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um der Zaberner Bürgerwehr den Saug angediehen zu lassen, auf den sie rechtlich Anspruch hat. Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß man nur wünschen kann, daß die Behörden auch wirklich sofort alles tun werden, um den berechtigten Bürgern der Bevölkerung zu willfahren. Ebenso überflüssig ist es wohl, hinzuweisen, daß der „Kattin“ die ganze für ihn so überaus willkommenen Gelegenheit in möglichstster Weise auszunutzen.

Die Stimmung in Berlin.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 29. November.

Die neuesten Nachrichten aus Zabern werden in hiesigen politischen Kreisen, wie festgestellt werden mag, allmählich doch sehr unbehagliche Empfindungen. Auch dort, wo man anfangs geneigt schien, unbedenkenlich die Partei des Herrn von Forstner zu nehmen, beginnt man nachherde häufig zu werden. So schreibt selbst die „Tagl. Rundschau“: „Ein Eindruck steht schon jetzt fest, daß in der Beurteilung und Behandlung aller dieser Dinge tatsächlich ein bedeutender Gegensatz zwischen Zivil- und Militärbehörden besteht. Das erweitert der Einspruch des Kreisrichters gegen das Vorgehen des Obersten, das erweitert eine Erklärung des Zaberner Bürgermeisters, in der er dem Vertreter des „Deutschen Tageblattes“ sagt: „Für die Polizei hat nicht der geringste Grund zu einem Einschreiten vorgelegen. Auch ist es nachherde zweifellos, daß dieser Gegensatz zwischen Zivil- und Militärbehörden trotz aller Beruhigungen an amtlichen Stellen sich bis zu den höchsten reichsständlichen Stellen hinzieht und tatsächlich in einem Gegensatz zwischen Statthalter und dem man belerenden General gipfelt. Der persönliche Gegensatz zwischen General Wedel und dem General von Deimling ist auch jetzt der Ernennung Deimlings latent vorhanden.“

Eine kurze Anfrage im Reichstage.

Berlin, 29. November. Dem Reichstage ging folgende Anfrage der einhundertfünfundfünfzig Abgeordneten Haagen, Thumann, Seiwel und Windel zu:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Zabern am 29. November Offiziere des 9. Infanterieregiments ohne von der Polizeibehörde requiriert worden zu sein, einen Zug Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett und geladenem Gewehr gegen das Publikum auf den Straßen vorgehen ließ? Welche schleunigen Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um Uebergriffen des Militärs vorzubeugen, die die Gefahr stütiger Ereignisse heraufbeschwören?